ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Gerstenberger, Wolfgang

Article

2004: bessere Konjunktur und Osterweiterung

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Gerstenberger, Wolfgang (2003) : 2004: bessere Konjunktur und Osterweiterung, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 10, Iss. 6, pp. 3-5

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/169700

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

2004: Bessere Konjunktur und Osterweiterung

Die sechs führenden deutschen Forschungsinstitute sind bei ihrer jüngsten Konjunkturanalyse von einer weiteren Festigung der Erholungstendenz in der Weltwirtschaft und in der deutschen Wirtschaft ausgegangen.[1] Eine ähnliche Sicht der Konjunkturperspektiven findet sich auch im aktuellen Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wieder.[2] Die aktuellen Frühindikatoren zur Konjunktur bestätigen die Aufschwungtendenz. Der ifo World Economic Survey (WES) vom IV. Quartal 2003, der auf einer vierteljährlichen Umfrage von über 1.000 Experten aus multinationalen Unternehmen und international agierenden Institutionen in mehr als 70 Ländern der Welt basiert, ergab sowohl eine Verbesserung der Lage der Weltwirtschaft als auch der Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Auch die deutsche Konjunkturerholung scheint nachhaltig: Der ifo Geschäftsklimaindex ist seit sieben Monaten nach oben gerichtet. Nachdem sich anfangs nur die Erwartungen der befragten Unternehmen aus Industrie, Bauwirtschaft und Handel verbessert haben, berichten jetzt auch mehr Firmen über eine verbesserte Geschäftslage. Im Gegensatz zum Vorjahr hat sich also diesmal keine „Erwartungsblase“ gebildet.

Die sich abzeichnende Erholung bedeutet für Sachsen, dass voraussichtlich mit einem beschleunigten Wirtschaftswachstum gerechnet werden kann.[3] Es hat gute Chancen, weiterhin zur Gruppe der am raschesten wachsenden Bundesländer zu zählen. Ein maßgeblicher Triebfaktor wird wieder der Export sein.[4] Nicht nur die ausländische Nachfrage expandiert, sondern auch die Binnennachfrage zeigt Erholungstendenzen. Hierfür spricht, dass im ostdeutschen Handwerk die Geschäftslage seit zwei Quartalen nicht mehr so negativ wie noch im Vorjahr beurteilt wird.[5]

Am 01.05.2004 wird die Osterweiterung der Europäischen Union, also der Beitritt der baltischen Staaten, Polens, der Slowakei, Sloweniens, Tschechiens und Ungarns Realität. Außerdem werden zu diesem Zeitpunkt Nachzügler der Süderweiterung wie Zypern und Malta in die Gemeinschaft integriert. Die Integration Polens, Tschechiens und der anderen mittel- und osteuropäischen Länder (MOE) wird Gebiete mit sehr viel niedrigerem Lohnniveau in den europäischen Binnenmarkt bringen und hierdurch die Wettbewerbsbedingungen für viele Wirtschaftsbereiche in den alten EU-Ländern verändern. Der 1. Mai 2004 wird aber keinen „Big Bang“ bedeuten. Die Wettbewerbsverhältnisse ändern sich in Etappen und nicht für alle Wirtschaftsbereiche gleichzeitig.

Mit dem Abschluss der Assoziierungsabkommen der Europäischen Union mit den heutigen Beitrittsländern Mitte der neunziger Jahre wurde bereits damals der Warenverkehr zwischen den Beitrittsländern und der EU weitgehend liberalisiert. Nur einige Ernährungsgüter und einige Stahlprodukte – also die üblichen Verdächtigen für protektionistische Maßnahmen – wurden ausgenommen. Zugleich wurde – mit wenigen Ausnahmen, für die häufig Polen verantwortlich zeichnete – schon damals der freie Kapitalverkehr eingeführt. Anfang Mai wird es für den Warenaustausch nur noch insofern eine Erleichterung geben als die Zollkontrollen wegfallen werden. Es wird mit einer Verkürzung der durchschnittlichen Wartezeit an der Grenze von 90 auf 10 Minuten je Lkw gerechnet.

Im Ergebnis hieß dies, dass sich bereits für den größten Teil des verarbeitenden Gewerbes die Wettbewerbsverhältnisse geändert haben und Anpassungsprozesse zu wesentlichen Teilen schon gelaufen sind. Hiervon war auch die mittelständische deutsche Industrie nicht ausgenommen. Sie musste sich dem

[1] *Vgl. im Einzelnen W. Nierhaus, „Perspektiven 2003/2004: Deutsche Konjunktur belebt sich wieder“, in diesem Heft, S. 6–11.*
[2] *Vgl. im Einzelnen Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung, „Jahresgutachten 2003/2004. Staatsfinanzen konsolidieren. Steuersystem reformieren“. Stuttgart 2003.*
[3] *Vgl. im Einzelnen W. Gerstenberger, „Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Sachsen 2003/2004“, in diesem Heft, S. 12–18.*
[4] *Vgl. im Einzelnen M. Votteler „Wieder günstige Aussichten für die sächsischen Exporte“, in diesem Heft, S. 30–42.*
[5] *Vgl. im Einzelnen G. Vogt, „Handwerk: Ein leichter Aufwärtstrend deutet sich an“, in diesem Heft, S. 57–59.*

intensiveren Preiswettbewerb stellen und sich in ihrer oft eingenommenen Zulieferfunktion gegen Alternativen aus den Beitrittsländern behaupten. Nicht nur die deutsche Großindustrie, sondern auch der deutsche Mittelstand haben die Chancen der Osterweiterung genutzt, in dem die Unternehmen Teile ihrer Wertschöpfungskette in das kostengünstigere Polen, Tschechien, Ungarn oder, zuletzt, in die Slowakei verlagert haben. Hierfür gibt es zahlreiche Beispiele. Der deutsche Mittelstand hat auch die Chancen erkannt, welche der große polnische Markt und die anderen Märkte in den MOE-Staaten bieten. Deutsche Mittelständler haben ihren Export durch Investitionen in Produktionseinheiten vor Ort abgesichert und gestärkt und vermarkten erfolgreich ihr unternehmensspezifisches Know-how in den MOE-Ländern.

Im Gegensatz zur Industrie hatte der Dienstleistungs- und Handwerksbereich bisher noch vergleichsweise wenig veränderte Wettbewerbsbedingungen. Dies hängt mit Spezifika der Produktion dieses Bereiches zusammen. In der Regel müssen hier nämlich Anbieter und Nachfrager an einem Ort zusammenkommen, um die Leistung zu erbringen. So muss der Kunde zum Friseur kommen oder der Heizungsinstallateur den Kundendienst im Haus des Nachfragers durchführen. Da Personen an einem Ort zusammenkommen müssen, spielen Distanzkosten, also alle Kosten im Zusammenhang mit der Überwindung der Entfernung zwischen Anbieter und Nachfrager, eine erheblich größere Rolle als bei Industrieerzeugnissen. Die Höhe der Distanzkosten bedeutet oft, dass regional begrenzte Wettbewerbsräume entstehen.

Dies ist dann auch der Grund, weshalb bisher nur bestimmte Dienstleistungsfirmen in den unmittelbar an der Grenze liegenden deutschen und polnischen Regionen den Abbau der Handelsbarrieren zu spüren bekommen haben. Die seit Jahren bestehende Reisefreiheit und die Erleichterung des kleinen Grenzverkehrs hat für den Einzelhandel in den grenznahen Räumen und für das Hotel- und Gaststättengewerbe bereits die Wettbewerbssituation verändert. Ein Stichwort hierzu ist der Tanktourismus. Deutsche Unternehmen mit weiter entfernt liegendem Sitz und deutsche Unternehmen, die typischerweise ihre Dienstleistung beim Kunden erstellen, waren dagegen bisher dadurch geschützt, dass Anbieter aus Polen und Tschechien nicht mit eigenem Personal Dienstleistungen in Deutschland erbringen durften.

Zum Beitrittstermin werden sich für den Handwerks- und Dienstleistungsbereich auch keine fundamentalen Änderungen gegenüber dem bisherigen Zustand ergeben, weil aufgrund der vereinbarten Übergangsfristen bis zur Gewährung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Bürger der Beitrittsländer der Wettbewerb weiterhin diesen Beschränkungen unterliegen wird. Zwar können nach dem 01.05.2004 selbstständige Handwerker nach Deutschland einreisen und ihre Dienste anbieten. Zum Beispiel polnische Anbieter können sie aber nur selbst und nicht mit polnischen Arbeitskräften zu polnischen Löhnen durchführen. Es wird deshalb für das Baugewerbe, andere Handwerksbereiche und für viele Zweige des Dienstleistungssektors die ins Gewicht fallende Veränderung der Wettbewerbsverhältnisse erst nach Beendigung der Übergangsfrist für die Arbeitnehmerfreizügigkeit geben. Nach der vereinbarten 2+3+2 Regel kann dies 2009 oder 2011 sein. Auch danach gilt weiterhin, dass sich wegen der Bedeutung von Distanzkosten nur für den Teil der deutschen Bau- und Dienstleistungsunternehmen die Bedingungen verändern, die in den grenznahen Räumen angesiedelt sind.

Angesichts der sich weiter verbessernden Verkehrsinfrastruktur darf allerdings dieser Wettbewerbsraum nicht all zu eng eingegrenzt werden. Dies lehren die Erfahrungen, die westdeutsche Bauhandwerker gemacht haben, welche in den letzten Jahren in erheblichem Umfang selbst noch in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und im Saarland unter den Wettbewerbsdruck von ostdeutschen Handwerkern gekommen sind.

Kaum durch Distanzkosten ist das deutsche Transportgewerbe geschützt. Für dieses Gewerbe ist deshalb das Jahr 2009 ein wichtiger Termin. Spätestens dann läuft das Kabotageverbot für Frachtführer aus den Beitrittsländern aus. Dann können diese Unternehmen nicht nur Waren von Hamburg nach Warschau oder Prag transportieren, sondern auch von Hamburg nach München.

Wenn am Ende der laufenden Dekade für den Handwerks- und Dienstleistungsbereich die Binnenmarktbedingungen, also die vier konstituierenden Grundfreiheiten der EU (freier Dienstleistungs-, Waren- und Kapitalverkehr sowie Arbeitnehmerfreizügigkeit) auch für die Beitrittsländer verwirklicht sein werden, heißt dies nicht, dass dann nur die deutschen Unternehmen des Handwerks- und Dienstleistungsbereichs unter Wettbewerbsdruck geraten werden. Auch deutsche Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen verfügen durch ihr aufgebautes immaterielles Kapital über ein Potenzial, das Unternehmen aus den östlichen Nachbarländern durchaus Respekt einflößt.

Wolfgang Gerstenberger